

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)

#### zu dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 1/26

#### A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beim Bundesverfassungsgericht beantragt, festzustellen, dass sich der Deutsche Bundestag durch den Gesetzesbeschluss vom 5. Dezember 2025 zu § 29 Absatz 1 Satz 1 des Asylgesetzes (AsylG), der der Bundesregierung die Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten im Sinne der Richtlinie 2013/32/EU für den internationalen Schutz durch Rechtsverordnung zuweist (vgl. Plenarprotokoll 21/48, Tagesordnungspunkt 29), unter Verstoß gegen Artikel 16a Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes seines Gesetzgebungsrechts entäußert hat.

#### B. Lösung

**Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke, in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 1/26 Stellung zu nehmen und die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen.**

#### C. Alternativen

Keine.

#### D. Kosten

Kosten der Prozessvertretung.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 1/26 Stellung  
zu nehmen und die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen  
Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

Berlin, den 25. März 2026

**Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz**

**Carsten Müller (Braunschweig)**  
Amtierender Vorsitzender

**Bericht des amtierenden Vorsitzenden des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz, Carsten Müller (Braunschweig)**

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 30. Sitzung am 25. März 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 1/26 Stellung zu nehmen und die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

Berlin, den 25. März 2026

**Carsten Müller (Braunschweig)**

Amtierender Vorsitzender

